



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unterstützung statt Überforderung – Familien von behinderten Kindern in den Fokus nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie über die Situation von Familien mit behinderten Kindern zu berichten und dabei insbesondere auf Möglichkeiten zur Umsetzung weitergehender, passgenauer Lösungsansätze zur Entlastung und Unterstützung der betroffenen Familien einzugehen.

Begründung:

Wird bei einem Kind eine Behinderung diagnostiziert, hat dies oft einen lebenslangen Unterstützungsbedarf zur Folge, mit entsprechend gravierenden zeitlichen und finanziellen Auswirkungen auf das Leben der gesamten Familie. Die Bewältigung des Alltags wird zur Daueraufgabe – unter schwierigen Bedingungen.

Die zur Verfügung stehenden Studien zeigen übereinstimmend, dass nicht die Behinderung des Kindes als Hauptbelastung in den Familien wahrgenommen wird, sondern die wirtschaftliche und soziale Situation.

Neben dem akuten Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal, welcher die Familien in eine dauerhaft unsichere Versorgungs- und Betreuungssituation bringt, bereitet auch die angespannte finanzielle Situation vielen Betroffenen massive Probleme. Familien mit einem behinderten Kind haben deutlich erhöhte Kosten durch die pflegerische, medizinische und medikamentöse Versorgung ihres Kindes zu bewältigen, sei es durch Fahrtkosten zu den verschiedenen Behandlungen oder durch Therapien, die ganz oder teilweise aus der eigenen Tasche gezahlt werden müssen. Oft zahlen Familien auch Hilfsmittel aus eigener Tasche, weil die Kostenerstattung als zu zeitraubend und kompliziert wahrgenommen wird und dafür im Alltag die Kraft fehlt.

Hinzu kommt, dass viele Eltern ihre Arbeitszeit reduzieren müssen oder ein Elternteil den Beruf ganz aufgibt, weil die Dauerpflege oder das Einspringen im Notfall nicht mit einer Vollzeitberufstätigkeit zu vereinbaren ist. Eltern werden nicht selten zu Pflegekräften in eigener Sache – ohne vorgelagerte Ausbildung, aber mit enormer Verantwortung. Die Lücken im Versorgungssystem versuchen sie mit eigener Kraft aufzufangen – oft bis zur Erschöpfung. Die daraus resultierenden finanziellen Einbußen, die sich auch in einer reduzierten Altersversorgung widerspiegeln, verschärfen die ohnehin angespannte Lage für die Familien.

Eltern fühlen sich im System oft allein gelassen bzw. die Vielzahl der Ansprechpartner überfordert sie. Dazu kommt, dass sie im sozialen Umfeld viel zu häufig auf mangelndes

Verständnis bzw. keine ausreichende Infrastruktur, z. B. geeignete Spielgeräte an öffentlichen Plätzen oder Orte, an denen man auch ein älteres Kind wickeln kann, treffen.

Diese Dauerbelastung betrifft nicht nur die Eltern eines behinderten Kindes, sondern auch etwaige Geschwisterkinder, die als „Young Carer“ schon in jungen Jahren ein großes Maß an Verantwortung schultern müssen. Häufig leidet in der Folge die Gesundheit der gesamten Familie.

Als besonders große Herausforderung wird der kaum zu durchdringende sozialrechtliche Dschungel der Zuständigkeiten wahrgenommen, durch den sich die betroffenen Familien ohne kontinuierlich begleitende Unterstützung zu kämpfen haben. Selbst in den Fällen, in denen es Entlastungsangebote gibt und diese den Familien bekannt sind, werden sie als zeitlich unflexibel bzw. unpassend in Bezug auf die individuellen familiären Bedarfe bewertet. Solche Angebote sind zudem vorrangig im städtischen Raum verfügbar, während Familien im ländlichen Raum lange Fahrtzeiten zu Therapien und medizinischer Versorgung auf sich nehmen müssen.

Angesichts der skizzierten vielfältigen Herausforderungen und Belastungen, mit denen sich Familien mit einem behinderten Kind konfrontiert sehen, sowie der Erkenntnis, dass die familiären Belastungen vorwiegend nicht behinderungsspezifisch sind, sondern aus einer als kompliziert empfundenen Versorgungs- und Unterstützungssituation resultieren, braucht es passgenaue und zeitlich flexible Entlastungsangebote sowie die Möglichkeit zur Unterstützung im psychosozialen Bereich für die betroffenen Familien, um ihre physische und mentale Gesundheit zu erhalten und zu stärken und sie so bei ihrer herausfordernden Aufgabe bestmöglich zu unterstützen.